

Fonds zur Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks

Laut Bundes-Doppelbudget 2009/2010 sind in Zukunft für die Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks in Österreich jährlich eine Million Euro vorgesehen. Der Kampf um diese Förderung war ein langer. Mit dem Start des Privatradios 1998 gingen auch Freie Radios on air. Damals gab es auch noch finanzielle Unterstützung vom Bund, aber wie inzwischen eh alle wissen war dieses Geld mit der Schüssel Regierung weg. Und damit war auch klar, dass den Offenen Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zu einem Medium zu fördern vor allem eine politische Entscheidung ist. Ab diesem Zeitpunkt galt es verschiedenste Finanzierungsmodelle für die einzelnen Radios zu entwickeln, was nicht nur zu unterschiedlichen Formen der Finanzierung und vor allem finanziellen Ausstattung der Radios führte, sondern auch zu unterschiedlichen Modellen eines Freien Radio Betriebes. Effekt dieser permanenten Geldknappheit – und zur Aufrechterhaltung eines vierundzwanzig-Stunden-dreihundertfünfundsechzig-Tage Betriebes braucht es nun mal ausreichend Geld – war, dass sich die AktivistInnen in den Freien Radios zu wahren MeisterInnen darin entwickelten wo Geld aufzutreiben ist. Kaum ein Topf auf EU-, Länder- oder Kommunenebene zu dem nicht ein Projekt entwickelt und abgewickelt wurde. Gleichzeitig hieß das aber auch, dass das Kerngeschäft der Freien Radios - der Offene Zugang - nur mit bescheidenen Mitteln und dem festen Willen zur Selbstaussbeutung bewerkstelligt werden konnte. Von Seiten des VFRÖ (Verband der Freien Radios Österreich) gab es unzählige Anläufe und immer wieder überarbeitete Fördermodelle um den Bund erneut von einer Förderung der Freien Radios überzeugen zu können, Erfolg hatte er damit aber erst beim Kabinett Gusenbauer.

Ab 2007 gab es dann 300.000.- Euros sogenannte Akutförderung für alle 13 Freien Radios in Österreich. Das Geld war dezitiert für die zur Verfügungstellung des Offenen Zugangs gewidmet. Der Titel Akutförderung kam nicht von ungefähr, denn die Mittel kamen gerade rechtzeitig und konnten Dank solidarischer Umverteilung zwischen den Radios tatsächlich ein paar Projekte vor dem Kollaps retten. Aber nicht nur retten – endlich bestand auch die Möglichkeit massiv in den Ausbau und die Betreuung des Offenen Zugangs zu investieren. 2008 stieg die Summe immerhin schon auf 500.000.- Euros die über das BMUKK und teilweise schon über das BKA abgerechnet wurden. Mit dem nun beschlossenen Fonds zur Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks hat sich die Fördersumme seit 2007 verdreifacht und ist somit wohl die umfangreichste Förderentscheidung zugunsten des dritten Sektors in den letzten Jahren. Was bei der Summe aber auch klar ist: die Bundesregierung hat sich nicht zu einer Ausfinanzierung des nichtkommerziellen Rundfunks entschlossen, dazu wäre der zehnfach Betrag notwendig, sondern sie trägt ein Scherflein bei.

Für Tirol bedeutet das auch, dass nun das Land und die Gemeinden dem Vorbild des Bundes folgen sollten und die Finanzierung für nichtkommerzielle Medien endlich in einem Ausmaß sicherstellen müssen, dass sie ihrem Auftrag auch gerecht werden können. Das heißt auch nichts anderes als dass das Land und die Gemeinden die Forderungen des EU Parlamentes und der UNESCO Kommission mehr Mittel für die Förderung der Community Medien nachkommen sollen!

Die Frage die sich mit dem Fonds zur Förderung nichtkommerzieller Medien in Österreich verbindet ist die um die Zukunft des Verbandes der Freien Radios (VFRÖ). Seit der Legalisierung des Privaten Rundfunks in Österreich hat der VFRÖ sich selbst über den Kampf um die rechtliche Anerkennung und die Finanzierung der Freien Radios in Österreich definiert, und dabei lag das Hauptaugenmerk lange logischerweise in der Absicherung der bestehenden Projekte. Auch wenn es Zeiten gegeben hat in denen es sozusagen weit weg von der Arbeit der bestehenden Radios darum ging sich als Verband selbst am Leben zu halten, ist der oben erwähnte Selbstzweck seit etwa fünf Jahren der, der den Verband auszeichnet und schlagfertig macht. Der VFRÖ hat in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet und von diesem langjährigen Arbeitsauftrag scheint nun einiges erfüllt. Mit dem Zusatzgeld vom Bund ist aller Voraussicht nach das Überleben der bestehenden Projekte auf höherem Niveau gesichert. Das Gesetz zur Förderung ist quasi durch die Hintertür die rechtliche Anerkennung des Sektors, und das obwohl nach wie vor von einer dualen Rundfunklandschaft gesprochen wird. Also was nun? Gut, über die Höhe der Förderung kann und muss man regelmäßig streiten. Man könnte sich auch alle möglichen Betätigungsfelder eröffnen, sozusagen als Interessenvertretung Kernbereiche der Radios übernehmen wie Ausbildung oder eventuell sogar eigene Sendungsproduktionen. Zu tun gäbe es auch genügend in Sachen europäischer oder internationaler Vernetzung. Was dem VFRÖ aber nicht passieren darf ist, dass er bei allem Erfolg vergisst wofür er steht: die Stärkung und den Ausbau des nichtkommerziellen Rundfunks in Österreich. Das bedeutet nichts Geringeres, als dass die Energien jetzt dahin gehen müssen Radio und TV Projekte in Österreich zu initiieren - frei nach dem Motto: jetzt ist das Geld da, reichen tut es sowieso nicht also lasst es uns zum Ausbau und zur Stärkung des Sektors ausgeben!